

Unterredung zwischen Kauffmann und Görcke hat Kauffmann dem Generalstaatsanwalt Görcke gegenüber erklärt, daß „das Ergebnis der Besprechung als Weisung auf Einstellung des Verfahrens gegen M. (kaufmännischer Direktor der BVG) aufzufassen“¹⁰ sei.

In der Denkschrift sind dann noch eine Reihe weiterer Fälle genannt. So wurden z. B. korrupte Angestellte der Westberliner Verwaltung gewarnt und davon in Kenntnis gesetzt, daß gegen sie Ermittlungen laufen usw. usw.

Wir möchten aber die ausführliche Schilderung nicht beenden, ohne unsere Meinung darüber zu sagen:

1. *Die Justizkrise in Westberlin ist das Ergebnis der Unmoral und des Sumpfes in dieser „Bastion der freien Welt“.*

„Wir schleppen hier ein Stück jener ‚unbewältigten Vergangenheit‘ mit uns herum, von der auf anderen Gebieten soviel die Rede ist... Nach der Währungsreform wurde für die sogenannten kleinen Wirtschaftsvergehen eine Amnestie erlassen ... Dann kam die nächste Welle der Versuchung ... das Wirtschaftswunder, dessen Früchte höchst ungleich verteilt wurden. Man bedenke, daß zu jeder passiven Bestechung eines Beamten erst einmal ein aktiver Bestecher da sein muß, der von dem Beamten etwas haben will und dafür zahlen kann ...

Sensationell wirkten diese Prozesse (gemeint sind Korruptionsprozesse — J. St.) nicht durch die materielle Größenordnung der Geschenke ..., sondern durch den hohen Rang, den die beteiligten Personen bis in die Umgebung des Bundeskanzlers hin einnahmen.“¹⁹

Den Ausweg aus dem Sumpf sieht „Der Tagespiegel“ in einer Amnestie. Er schreibt:

„Die Initiative zu einer Amnestie braucht gerade jetzt durchaus nicht mehr als aussichtslos zu gelten. Ein Jahr vor den Bundestagswahlen ist keine Partei abgeneigt, etwas für die Beamtenschaft zu tun. Berlin steht mit seinen Sorgen keineswegs allein da. Genau die gleichen Probleme beschäftigen in der Bundesrepublik die Justizministerien aller Länder und das Bundesjustizministerium.“

Also, man braucht eine Amnestie für die Beamten, und weil alle im gleichen Glashaus sitzen, „ist keine Partei abgeneigt, etwas für die Beamten zu tun“. Und das ist nicht nur in Westberlin so, sondern auch in der Bundesrepublik. Ja, das stimmt, der ganze Adenauer-Staat ist ein faulender Haufen, und Westberlin ist — auf Grund seiner anomalen Lage — davon besonders stark infiziert.

2. *Während das Eintreten für den Frieden, gegen Rassen- und Völkerhetze, gegen Revanchismus und Krieg strafrechtlich verfolgt wird, gehen die korrupten Beamten und die sie bestechenden Firmen strafflos aus.*

Sensationell dabei ist nicht die „Größenordnung der Geschenke“, sondern — wie der „Tagespiegel“ berichtet — der „hohe Rang, den die beteiligten Personen bis in die Umgebung des Bundeskanzlers oder das Direktorium der Firmen von Weltgeltung hinein einnahmen“.

3. *Die Justizkrise in Westberlin hat vielen Menschen die Augen geöffnet, sie erkennen an Hand der Praktiken der Justiz in Westberlin, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft niemals eine unabhängige Justiz geben kann.*

Es ist erwiesen, daß sowohl die Senatsstellen als auch die Führer der SPD und CDU in die Arbeit der Justiz unmittelbar eingreifen, wenn „Prominente“ sich in den Maschen des Strafgesetzbuches verstrickt haben.

18 Der Tagespiegel vom 22. November 1960.

19 Der Tagespiegel vom 20. November 1960.

Herr Bernhard Leopold aus Zehlendorf hat durchaus recht, wenn er schreibt:

„Wenn ein Rechtsanwalt und Abgeordneter den zuständigen Gerichtspräsidenten auffordert, dem Herrn Assessor Schmidt noch einiges beizubringen, bevor man ihn dem Richterwahlausschuß vorstelle, so ist das eine Bemerkung, die unzweifelhaft eine etwas merkwürdige Auffassung über die Unabhängigkeit der Richter enthält.“²⁰

Dieser Abgeordnete war Herr Dr. Alfons Waltzog von der CDU. Dieser Herr war Kriegsgerichtsrat und schrieb im August 1941 einen für die Truppenoffiziere bestimmten Kommentar zur Haager Landkriegsordnung mit dem in einem Vorwort erklärten Ziel, „den militärischen Praktikern ersprießliche Dienste zu leisten“.

In seinem Kommentar heißt es über die Behandlung von Geiseln:

„Tritt die Tatsache ein, zu deren Verhütung die Geiseln genommen wurden, setzt also z. B. die Gegenseite ihr völkerrechtswidriges Verhalten fort, so können die Geiseln getötet werden. Die Geiselnahme besteht also nicht nur in Freiheitsentziehung. Sie ist vielmehr auch eine Durchbrechung des in Art. 46 niedergelegten Grundsatzes der Achtung vor dem Leben der Bürger.“²¹

Wir sehen also, daß in Westberlin der Inhalt der „Unabhängigkeit der Justiz“ von Kriegsverbrechern und Blutrichtern bestimmt wird, deren Lehrmeister Freisler war!

4. *Es wächst der Widerstand gegen die Korruption und gegen den Schmutz, es wächst der Widerstand gegen die schmutzige Praxis der Westberliner Verwaltung. Der Fall Schmidt und die Denkschrift der Staatsanwälte des „Korruptionsdezernats“ sind als Protest gegen die Fäulnis und den Sumpf in Westberlin zu werten.*

„Es ist ein Zeichen von Unbesonnenheit eines Waidwunden (gemeint ist der Justizsenator Kielinger — J. St.) wenn man diese ‚sieben Aufrechten‘ mit Phrasen, wie ‚jugendliche Unreife, Mangel an Lebenserfahrung und Effekthascherei‘, mundtot machen will.“²²

Für die Staatsanwälte Partei ergreifend, schreibt Herr Dr. M u n d aus Nikolassee:

„Ich kenne keinen dieser Staatsanwälte, fühle mich aber auch angegriffen, denn wahrscheinlich gehöre ich auch zu diesen Jahrgängen, die den Krieg in vorderster Linie als Kanonenfutter mitmachen durften und mit deren Idealen schon einmal Schindluder getrieben wurde. Nun sollen wir uns noch obendrein, weil wir mit gewissen Machenschaften nicht einverstanden sind, Mangel an Lebenserfahrung und jugendliche Unreife vorwerfen lassen. Jede Jugend beginnt nur mit Idealen, schlecht wird sie nur durch Vorbilder.“²³

Heute stecken in Westberlin die Ganoven mit der Politik und die Politiker mit den Ganoven unter einer Decke. Die anomale Lage in Westberlin hat zu einer Amoralität geführt, die in der Welt ihresgleichen nicht findet. Im Namen des Antikommunismus und des kalten Krieges wird alles zugedeckt.

- „Im Grunde sind Umfang und Ausmaß der Bestechungsfälle die Folge der unheilvollen Allianz der rechten SPD-Führer mit der CDU und ihrer Frontstadtspolitik.“²⁴

Aus dieser Sackgasse führt nur ein Weg heraus:

Westberlin muß eine entmilitarisierte Freie Stadt werden!

20 Der Tagespiegel vom 20. November 1960.

21 ebenda.

22 Aus einem Leserbrief an den „Tagespiegel“ vom 20. November 1960.

23 ebenda.

24 Gerhard Danelius in einem Interview mit ADN (ND vom 23. November 1960),